Frankreich

FRANÇOISE DE LA SERRE / CHRISTIAN LEQUESNE

Der Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen war im allgemeinen von einer gewissen Vorsicht gegenüber europäischen Themen geprägt. So hat der Kandidat Jacques Chirac nicht immer mit aller Deutlichkeit seine europäischen Optionen dargelegt, weder während des Wahlkampfes[1], noch in der Zeit unmittelbar nach seiner Wahl. Man mußte bis zum Herbst warten, um mehr über sein Festhalten an der Wirtschafts- und Währungsunion und über seine Ambitionen im Bereich der europäischen Verteidigung zu erfahren. Ihren Entschluß, die Europäische Union um die Länder Mittel- und Osteuropas zu erweitern, nochmals bekräftigtend, haben der neue Präsident der Republik und die Regierung darüber hinaus an einer wirklichen Partnerschaft zwischen der Union und den Mittelmeerstaaten gearbeitet.

Unionspräsidentschaft und Präsidentschaftswahlkampf

Chirac wurde am 7.5.1995 mit 52,7% der gültigen Stimmen gegen 47,3% für den Sozialisten Lionel Jospin zum Präsidenten der Republik gewählt[2]. Mehrere Merkmale haben diese Präsidentschaftswahl geprägt: (1) die Konkurrenz im ersten Wahlgang am 23.4.1995 von zwei Kandidaten der gaullistischen Partei „Rassemblement pour la République (RPR)": der scheidende Premierminister Edouard Balladur (der 18,5% der gültigen Stimmen erreichte) und der Parteivorsitzende Chirac (20,5%); (2) das sehr beachtliche Ergebnis des sozialistischen Kandidaten Jospin im zweiten Wahlgang, trotz der verspäteten Ankündigung seiner Kandidatur, nachdem der frühere Präsident der Kommission Jacques Delors sich gegen eine Kandidatur für das Amt entschieden hatte; (3) das mit 15,3% besonders hohe Ergebnis im ersten Wahlgang des Kandidaten der extremen Rechte, Jean-Marie Le Pen[3].

Der Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl spielte sich im Halbjahr der französischen EU-Präsidentschaft ab. Das nationale politische Ereignis hatte jedoch keine Folgewirkungen auf die Präsidentschaft. Die von Mitterrand und Balladur definierten Prioritäten konnten, aufgrund der Kohabitation, nur generell gehalten werden und zeigten deshalb kaum Kontroverses auf: Durchführung des Weißbuchs der Kommission über Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung; Weiterführung des Projekts EUROPOL; Gestaltung der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen"; Unterzeichnung des „Stabilitätspakts"; Verstärkung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union, insbesondere durch die Vorbereitung der Konferenz von Barcelona. Im allgemeinen waren die Urteile über die französische Präsidentschaft eher positiv und in der Tat hat sie ihre Pflichten erfüllt, indem die Durchführung des Maastrichter Vertrages und die vom Europäischen Rat von Essen mitgegebenen Orien-

tierungen in bezug auf die Erweiterung nach Osten sowie die Verstärkung der Mittelmeerkooperation gewährleistet wurden.

Die rechten wie die linken Parteien sind seit dem Referendum vom September 1992 über den Vertrag von Maastricht in bezug auf Fragen der europäischen Konstruktion sehr entzweit, so daß kein Kandidat dieses Thema zum Hauptpunkt seines Wahlkampfes machen wollte. Dennoch haben Balladur, Chirac und Jospin stets die Bedeutung der europäischen Integration für Frankreich hervorgehoben. Daraus resultierte ein scheinbarer Konsens über einige große Orientierungspunkte: der Imperativ der WWU; die Notwendigkeit einer Außen- und Sicherheitspolitik, ausgestattet mit einer signifikanten Verteidigungskapazität; die Anerkennung der Unvermeidbarkeit einer Erweiterung nach Osten; die Notwendigkeit von institutionellen Reformen, die der erweiterten Union ihr Funktionieren sichern. All dies wurde stets von der obligatorischen Referenz auf die Verstärkung der deutsch-französischen Beziehungen begleitet, die aber nicht einer Festigung der Verbindungen zu London und der Mittelmeerkooperation im Wege stehen durften[4].

In bezug auf die gemeinsame Währung folgte Jospin den Erklärungen Balladurs zugunsten einer Mobilisierung für das Datum 1997, wie es im Vertrag von Maastricht vorgesehen ist. Im Gegensatz dazu erklärte Chirac, daß das Datum 1999 realistischer wäre. Chiracs Schwierigkeit bestand während des Wahlkampfes darin, sich sowohl die Unterstützung der Anhänger des europäischen Währungsprojekts zu sichern (z.B. des späteren Premierministers Alain Juppé) als auch die der entschiedenen Gegner der WWU (wie z.B. des Präsidenten der Nationalversammlung Seguin). Die Sorge, daß man letztere möglicherweise nicht um sich vereinigen könne, spiegelte sich in Chiracs Wahlkampf wider, indem er Beschäftigungsfragen Priorität einräumte.

Das Inkrafttreten des Durchführungsabkommens zum Vertrag von Schengen am 26.3.1995 für eine Versuchsperiode von drei Monaten – wie von Frankreich gewünscht – fiel mitten in den Präsidentschaftswahlkampf. Dadurch wurde die Debatte über die Kontrolle illegaler Einwanderung, die durch die französischen Gesetze von 1993 noch verstärkt wurde, aufs Neue entfacht. Mit Vehemenz haben sich natürlich vor allem die Kandidaten der extremen Rechten, Le Pen, und der nationalistische Kandidat, Philippe de Villiers, auf dieses sensible Thema gestürzt. Chirac hingegen verwirrte die Wählerschaft mit einigen widersprüchlichen Aussagen: Nachdem er in seiner Rede über die Außen- und Europapolitik am 16.3.1995 noch erklärte, daß die Verträge von Schengen „die Einwanderungskontrollen durch eine bessere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten ansteigen lassen müßten", drohte er im April mit der Ablehnung der Konvention, wenn die Niederlande ihre liberale Gesetzgebung über die Benutzung von Rauschgift nicht modifizieren würden.

Über den institutionellen Bereich der Unionsreform, die die Regierungskonferenz erarbeiten soll, findet man bei Balladur, Chirac und Jospin den gemeinsamen Wunsch nach einer Reduzierung des „deficit démocratique" der Union durch eine enge Assoziation der nationalen Parlamente (und nicht des Europaparlaments) in

bezug auf die Kontrolle der gemeinschaftlichen Gesetzgebung. Während Jospin sich offen zugunsten eines in seinem Funktionieren effizienteren Europäischen Rates aussprach, der mit Mehrheit in gemeinsam bestimmten Bereichen abstimmt, haben Balladur und Chirac sich für das System einer doppelten Mehrheit ausgesprochen, in dem auch das Kriterium der Bevölkerung im Hinblick auf die Definition der Stimmengewichtung berücksichtigt wird, was für die großen Mitgliedstaaten gerechter wäre. Hinsichtlich der Kommission haben Balladur und Chirac vorgeschlagen, daß sich diese in Zukunft nicht nur vor dem Europäischen Parlament sondern auch vor dem Europäischen Rat verantworten solle.

Die Organisation einer differenzierten Union in der Perspektive zukünftiger Erweiterungen ist ein Thema, das seit der Veröffentlichung des Schäuble-Lamers-Papiers im September 1994 stark in die französische politische Debatte Eingang gefunden hat[5]. Auch die drei Hauptkandidaten für das Präsidentschaftsamt haben nicht gezögert, sich diesem Thema zuzuwenden, das sie als eine Antwort auf die Herausforderung der Erweiterung sehen. Allerdings hat keiner von ihnen klar auf konkrete Fragen geantwortet: Braucht es einen oder mehrere harte Kerne? Mit welchen Teilnahmekriterien? Mit welchen institutionellen Implikationen? Einzig Valéry Giscard d'Estaing und Delors haben es Anfang des Jahres 1995 gewagt, die Idee zweier institutionell differierender, aber untereinander kompatibler Gebilde voranzutreiben: das eine große und erweiterte Europa korrespondiert mehr oder weniger mit dem Europa des gemeinsamen Marktes, das andere Gebilde umfaßt einen Kern, um den sich die Vertiefung organisiert[6]. In dieser Debatte, die sich über den Präsidentschaftswahlkampf hinaus erstreckte, schien für Frankreich eine der wesentlichsten Schwierigkeiten darin zu liegen, welchen Platz dem Vereinigten Königreich in einem „differenzierten" Europa zugesprochen werden soll. Da die Logik impliziert, daß sich um diejenigen Länder „verstärkte Kooperationen" organisieren, die an der gemeinsamen Währung teilnehmen, wie kann dann eine europäische Verteidigung in Abwesenheit der Briten konstruiert werden, wenn diese ihr opting-out in Währungsangelegenheiten beibehalten? Der französische Standpunkt favorisiert deshalb eher mehrere „Kerne" und schlägt vor, diese in einem einzigen institutionellen Rahmen zusammenzuführen[7].

Wirtschafts- und Währungsunion: Klärungen und Fragen

Nach der wegen des Wahlkampfes eher trüben Botschaft, die sich besonders durch die Unterstützung für den Kandidaten Chirac von einigen der schärfsten Gegnern des Maastrichter Vertrages erklären läßt, orientierte sich die Zusammensetzung der neuen Regierung scheinbar an pro-europäischen Maßstäben: Über den Premierminister Juppé hinaus, dessen Überzeugungen in dieser Hinsicht bereits während seiner Zeit als Außenminister geschätzt wurden[8], sind die Schlüsselposten der Verteidigung und der Außenbeziehungen an C. Millon bzw. Hervé de Charette gegangen, beides Mitglieder der UDF, deren europäisches Engagement eindeutig ist. Der Minister für europäische Angelegenheiten, Michel Barnier, hatte sich seinerseits,

als Mitglied der RPR, für das „Ja" im Referendum über den Vertrag zur Europäischen Union ausgesprochen.

Ebenso hat die erste diplomatische Initiative des neuen Präsidenten – die Einladung von Bundeskanzler Kohl nach Straßburg unmittelbar nach dem Einzug Chiracs in den Elysée – die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen bestätigt, und hat dadurch den Eindruck erweckt, daß die französische Europapolitik einer starken Kontinuität unterliegt.

Unsicherheiten hat es jedoch in der ersten Zeit über den Grad des Engagements des neuen Präsidenten in Angelegenheiten der Wirtschafts- und Währungsunion gegeben. In diesem Bereich bestand die Schwierigkeit darin, die verschiedenen Versprechungen des Kandidaten kompatibel zu machen: die „fractur sociale" und die Defizite zu reduzieren; eine Politik zu führen, die der Vertrag von Maastricht vorschreibt; gleichzeitig die im Wahlkampf empfohlenen Reformen zu finanzieren.

Bis zum Herbst lag der Akzent eher auf den Beschäftigungsproblemen und der Entwicklung der dafür passenden Maßnahmen als auf angemessenen Möglichkeiten der Haushaltspolitik, die ab 1998 die Maastrichtkriterien erfüllen muß. Der im September vorgelegte Haushaltsentwurf faßte noch kostspielige Maßnahmen für die öffentlichen Finanzen und das Ziel der Reduktion der öffentlichen Defizite in 1996 auf 4% des BSP zusammen. Dieser Widerspruch entging weder den Finanzmärkten noch den Experten der OECD und erweckte aufs Neue Zweifel an der Zukunft der WWU, die sich insbesondere in den Währungsturbulenzen vom September ausdrückten. Eine Klarstellung der französischen Politik wurde deshalb notwendig. Sie wurde von Jacques Chirac selbst in einem Fernsehinterview vom 26. Oktober gegeben. Der Präsident engagierte sich dort zugunsten der WWU und kündigte Maßnahmen an, hauptsächlich budgetäre, die seine Schritte glaubwürdig erscheinen lassen.

Nach dieser Erklärung wurde das französische Engagement wiederholt bestätigt. In erster Linie und trotz der zustimmenden Äußerungen (besonders in der Sozialistischen Partei) zu den Vorschlägen der fünf deutschen Weisen, das Datum 1999 zu verschieben, äußerte sich die französische Regierung geschlossen zugunsten der Unveränderbarkeit des Kalenders. In zweiter Linie manifestierte sich das französische Bestreben zum Vorwärtsgehen in der Unterstützung einer Philosophie, die dem vom deutschen Finanzminister Theo Waigel vorgeschlagenen Stabilitätspakt vorausgeht. Dieser soll die Beibehaltung einer strengen Haushaltspolitik durch die betroffenen Mitgliedstaaten auch nach der Bildung der gemeinsamen Währung gewährleisten und empfiehlt letztendlich die automatische Auferlegung von möglichen Sanktionen. Obschon der französische Finanzminister J. Arthuis sich voll und ganz mit der deutschen Forderung nach einer gewissen Strenge in Haushaltsangelegenheiten einverstanden erklärt, hält er sich jedoch zurück, wenn es darum geht, sich formell – im Bereich des Haushaltsdefizits – zum mittelfristigen Ziel von 1% des BSP in „normalen" ökonomischen Zeiten zu bekennen.

Die aktive Teilnahme Frankreichs an der vom Europäischen Rat von Madrid definierten Vorbereitungsstrategie für die WWU hat die seit Oktober eingeschla-

genen Orientierungen noch bestätigt. Aber wie der unbestreitbare politische Wille auch aussehen mag, werden die Anforderungen des Maastrichter Vertrages befriedigt werden können? Wenn Frankreich auch offensichtlich nicht das einzige Land ist, das von den Problemen einer Verlangsamung des Wachstums betroffen ist, so ist seine wirtschaftliche Leistung auf jeden Fall durch die massiven Streiks im öffentlichen Sektor im Dezember 1995 beeinträchtigt worden. Daher bleiben gewisse Fragen über die Möglichkeit einer flexiblen Interpretation der im Maastrichter Vertrag eingerichteten Kriterien für den Übergang zur dritten Stufe der WWU bestehen. Als überzeugte Europäer und erklärte Anhänger der gemeinsamen Währung haben Delors und Giscard d'Estaing für eine weniger strikte Interpretation derjenigen Kriterien plädiert, die die öffentlichen Defizite betreffen. Angesichts der Konjunkturrisiken und besonders der Senkung der Fiskaleinkommen aufgrund der Rezession sprach sich der frühere Präsident der Republik für die Anwendung von Flexibilität aus, die der Vertrag nach seiner Ansicht ermöglicht[9]. Wenn die französische Regierung auch offiziell auf das Prinzip einer strikten Auslegung der Kriterien Wert legt, so wird die Möglichkeit einer Beurteilung der tendenziellen Leistungen der verschiedenen Länder nicht offiziell abgelehnt[10].

Europäische Verteidigung und atlantische Solidarität: ein neuer Ansatz

Seit den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag hatten gewisse Anzeichen bereits eine Veränderung der französischen Position in bezug auf die europäische Verteidigung angedeutet (Weißbuch zur Verteidigung, Definition der Mission für die WEU in Petersberg, Zusammenarbeit mit der NATO in der bosnischen Krise, Unterstützung des Konzepts der multinationalen Einsatzgruppen). Die ersten Monate der Präsidentschaft Chiracs haben diese Entwicklung weiter beschleunigt.

Frankreich ordnet die Frage der europäischen Verteidigung in der Tat nicht mehr in die Problematik des Nullsummenspiels ein, das eine europäische Verteidigungsidentität der Atlantischen Allianz gegenüberstellt und das die Entstehungsgeschichte des Vertrags zur Europäischen Union dominiert hatte. Frankreich wünscht nunmehr die Konstituierung eines europäischen Verteidigungspfeilers innerhalb der NATO. Dabei bleibt das ultimative Ziel unverändert, nämlich eine politische Union mit allen Attributen der Macht. Aber die Mittel, um dorthin zu gelangen, liegen nun im Rahmen einer Komplementarität und nicht mehr einer Konkurrenz zur NATO. Die französische Konzeption ist die einer „europäischen Verteidigungssäule, die eng mit der nordamerikanischen Säule in der Atlantischen Allianz verbunden ist. Die europäische Identität ist die natürliche Ergänzung zu den transatlantischen Sicherheitsverbindungen"[11]. In diesem Schema muß die WEU, die als einziges Instrument für die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität geeignet ist, gleichzeitig Verteidigungskomponente der Union wie auch europäischer Pfeiler in der Allianz werden.

Indem die Umsetzung der europäischen Verteidigungsidentität im Rahmen der NATO nunmehr akzeptiert wird, hat die französische Regierung für sich gewisse

Konsequenzen gezogen und die Rückkehr Frankreichs in die nicht-integrierten militärischen Instanzen der Allianz angekündigt: regelmäßige Teilnahme des Verteidigungsministers an den Arbeiten der Allianz, Rückkehr in den Militärausschuß und in die davon abhängigen Organe, Verbesserung der Arbeitsbeziehungen mit der SHAPE[12].

In dem Augenblick, wo diese Entwicklung Frankreichs ihren Lauf nahm, ergab sich für die Regierungskonferenz das Problem der Beziehung zwischen europäischer Verteidigungsidentität und Europäischer Union. Angesichts der weiter bestehenden Feindschaft Großbritanniens gegenüber einer gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der Union setzen Frankreich und Deutschland, unterstützt von anderen Mitgliedstaaten, die Suche nach einer Konkretisierung der vom Maastrichter Vertrag angebotenen Optionen fort, das heißt eine politische Abhängigkeit der WEU als militärischer Arm der Union im Verhältnis zum Europäischen Rat. In dem Dokument über die GASP, das am 27.2.1996 nach dem Treffen in Freiburg zwischen Paris und Bonn veröffentlicht wurde, haben beide Länder ihr gemeinsames Ziel nochmals bestätigt: die Fusion von WEU und Europäischer Union. Offensichtlich kann die Bildung eines europäischen Pfeilers in der NATO – was die Entwicklung der französischen Position erleichtert – nicht von der Debatte getrennt werden, die auf der Regierungskonferenz über die Gesetzmäßigkeit der Union als politisch-militärischer Akteur geführt wird. Man kann in der Tat die Daseinsberechtigung einer europäischen Verteidigung in der NATO in Frage stellen, wenn diese nicht an ein angemessenes politisches Projekt der Union angelehnt ist[13].

Im Bereich der nuklearen Abschreckung begann die Präsidentschaft von Jacques Chirac mit der Ankündigung der Wiederaufnahme von Versuchen. Kritisiert von den meisten Partnern Frankreichs, scharf verurteilt von einigen und in Bonn mit Befangenheit aber Solidarität empfangen, wurde die französische Entscheidung lediglich vom Vereinigten Königreich unterstützt. Diese Initiative hat jedoch eine Debatte über die Zweckmäßigkeit eines Dialogs unter Partnern über die nukleare Dimension der europäischen Verteidigung entfacht. Premierminister Juppé hat am 31. August während einer Konferenz der Botschafter das Konzept der „konzertierten Abschreckung" vorgeschlagen, hinzufügend, daß „der Respekt vor der Verantwortlichkeit eines jeden sich zukünftig in eine gemeinsame Vision über unsere Werte, unsere Interessen und unsere Rolle in der Welt einschreiben soll"[14]. Frankreich hat einige Überlegungen über den Inhalt einer solchen konzertierten Abschreckung angeregt, die auch die seit drei Jahren zwischen Frankreich und dem Königreich geführten Diskussionen inspirieren könnten[15]. Die gegenüber der Allianz eingetretene Veränderung im Verhalten Frankreichs dürfte die angestrebte Annäherung erleichtern.

Die euro-mediterrane Partnerschaft: Ausgleich zur Öffnung nach Osten

Verstanden als eine Erleichterung auf dem Wege der Osterweiterung, die für Frankreich einen politischen Imperativ darstellt, hat die vom Europäischen Rat in Essen

beschlossene Einrichtung einer Politik der Vormitgliedschaft (pre-accession) für die Länder Mittel- und Osteuropas von Paris eine bedingungslose Unterstützung erfahren. Sie wurde im Jahre 1995 vom französischen Wille begleitet, diese Öffnung nach Osten durch eine aktive und mit konsequenten Budgetmitteln ausgestattete Mittelmeerpolitik auszugleichen. Diese Beharrlichkeit ist natürlich vor dem Hintergrund zu sehen, daß aus geschichtlichen wie aus geographischen Gründen die Entwicklung in dieser Zone die französischen Interessen in den Bereichen des Handels, der politischen Stabilität, der Migrationsströme und der Sicherheit entscheidend berührt. Darüber hinaus wird der Ausgleich zum Süden von Paris als ein legitimes Gegengewicht zu den wirtschaftlichen und politischen Gewinnen gesehen, die Deutschland seit 1989 aus der Annäherung der Union an die MOE-Staaten zieht.

Unterstützt von Italien, Spanien und Portugal ließ Präsident Chirac am 26./27.6.1995 während des Europäischen Rates in Cannes die Position der Union hinsichtlich der euro-mediterranen Konferenz verabschieden, die am 27./28.11.1995 in Barcelona die Vertreter der Kommission, der 15 Länder der Union und der elf Staaten des Mittelmeerbeckens sowie der Palästinensischen Autonomen Gebiete vereinigte. Die in Cannes verabschiedeten Entscheidungen haben die Basis für ein Partnerschaftsprojekt geschaffen, das auf der Konferenz von Barcelona in drei Richtungen definiert wurde: Sicherheit, Handel (mit dem Ziel der Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahre 2010) und schließlich kultureller Austausch. In der Eigenschaft als Präsident des Europäischen Rates hat Chirac in Cannes außerdem darauf bestanden, daß die finanziellen Engagements der Union zugunsten der MOE-Staaten für die Periode 1995-1999 von substantiellen Engagements zugunsten der Mittelmeerstaaten begleitet werden: 6,7 Mrd. ECU für die ersteren, 4,7 Mrd. ECU für die letzteren.

Die Regierung Balladur hatte bereits eine bedeutende Dimension dieser Mittelmeerstrategie befürwortet, indem sie sich für den Abschluß des Zollunionabkommens mit der Türkei aussprach, das im März 1995 unterschrieben wurde. Das Aufheben des griechischen Vetos gegen die Unterzeichnung dieses Abkommens, im Austausch mit dem Engagement der Fünfzehn, Beitrittsverhandlungen mit Zypern und Malta sechs Monate nach dem Ende der Regierungskonferenz zu beginnen, wurde als Ergebnis der Hartnäckigkeit der französischen Präsidentschaft gesehen[16]. Im Dezember wünschte die Regierung Juppé, daß das Europäische Parlament sein Einverständnis zu diesem Abkommen geben würde und forderte die türkische Premierministern Tansu Ciller auf, den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in ihrem Land zu festigen.

Ein anderer Bereich der Mittelmeerpolitik hat ebenfalls französische Unterstützung erfahren. Paris hat sich bemüht, die Unterzeichnung der mit einem politischen Dialog versehenen Assoziationsabkommen mit Israel, Tunesien und Marokko zu beschleunigen. Diese Texte haben dazu beigetragen, dem auf der Konferenz von Barcelona definierten Ziel einer euro-mediterranen Partnerschaft Inhalt zu verleihen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Melanie Morisse, freie Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Europa, Centrum für angewandte Politikforschung am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

1 Vgl. Lequesne, Christian: Die europäische Politik von Jacques Chirac: auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 30/95, S. 28-33.

2 Für eine Analyse der Wahlergebnisse vgl. Jaffré, Jérôme: La dynamique de la droite et les limites de la rétombée socialiste, in: Pouvoirs 75 (1995), S. 110-137.

3 Die Anzahl der anderen Kandidaten im ersten Wahlgang ist im Vergleich zu vorangegangenen Präsidentschaftswahlen eher gering: ein Kommunist, R. Hue (8,7%); ein Anhänger der grünen Partei, D. Voynet (3,3%); ein Abtrünniger der liberalen Partei „Union pour la Démocratie française", Ph. de Villiers (4,8%); ein Kandidat der extremen Linken, A. Laguillier (5,4%); ein Kandidat der europäischen Arbeiterpartei, J. Cheminade (0,3%).

4 Vgl. La Serre, Françoise de: Europe: un débat en trompe l'oeil, in: La Croix, l'Evénement v. 15.5.1995.

5 Vgl. Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95, S.305-312.

6 Vgl. die Interviews von Valéry Giscard d'Estaing im Figaro v. 11.1.1995 und von Jacques Delors in La Tribune Desfossé v. 2.2.1995.

7 Vgl. Interview des Außenministers Hervé de Charette im Figaro v. 20.12.1995 und den Brief, den Jacques Chirac und Helmut Kohl im Rahmen des Treffens in Baden-Baden am 6.12.1995 an den Präsidenten des Europäischen Rates, Felipe González, gerichtet haben.

8 „Quel horizon pour la politique étrangère de la France?" Rede anläßlich des 20. Geburtstages des Centre d'Analyse et de Prévision du Ministère des Affaires étrangères am 30.1.1995.

9 Vgl. Interview in Figaro v. 27./28.1.1995.

10 Für eine Analyse der angebotenen Möglichkeiten des Vertrages, vgl. Jacquet, P.: Eurodoutes, in: Politique étrangère 1 (1996), S. 101-105.

11 Vgl. Außenminister de Charette in der Minister-Sitzung des Nordatlantikrates am 5.12.1995.

12 Vgl. ebd.; s. auch die Rede des Verteidigungsministers Millon an der IHEDN v. 17.12.1995.

13 Vgl. die Analyse von Gnesotto, Nicole: La défense européenne au carrefour de la Bosnie et de la CIG, in: Politique étrangère 1 (1996), S. 113-124.

14 Vgl. auch Juppé, Alain: Politique de défense et dissuasion nucléaire, Rede an der IHEDN v. 7.12.1995, in: Défense nationale 11 (1995), S. 7-18.

15 Zu den möglichen Inhalten eines solchen Dialoges s. Vernet, D.: France-OTAN: la fin des tabous, in: Le Monde v. 31.10.1995.

16 Vgl. die Pressekonferenz von Außenminister Alain Juppé am Ende des Besuchs der Troika in Ankara am 23.3.1995, in: Bulletin d'information du ministère des Affaires étrangères v. 24.3.1995.

Weiterführende Literatur

Cohen Tanugi, L.: Le choix de l'Europe, Paris 1995.

d'Arcy, F., L. Rouban (Hrsg.): De la Cinquième République à l'Europe, hommage à Jean-Louis Quermonne, Paris 1996.

La Serre, Françoise de, Helen Wallace: Les relations franco-britanniques dans l'Europe de l'après-guerre froide, in: Les études du CERI 1 (1995).

Lequesne, Christian: Die europäische Politik von Jacques Chirac: auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B30/95, S. 28-33.

L'Union européenne face à l'échéance de 1996. Themenheft der Zeitschrift Politique étrangère 1 (1996).